



An den Bürgermeister von Meran
Paul Roesch
An die Präsidentin des Gemeinderates
Francesca Schir

Beschlussantrag n. 04/2019 bzgl. des Gesetzesentwurfes "Revenge Porn" – 21.03.2019

Betreff: Beschlussantrag zur Unterstützung des Gesetzesentwurfes "Revenge Porn" der italienischen Mehrheitsregierung

Vorausgeschickt dass:

- Durch den Einzug des Internets und speziell der Social Media bereits des Öfteren unangebrachte Videos und Fotos von Privatpersonen gegen deren Willen und als "Racheakt" veröffentlicht wurden.
- Dass bis heute keine spezifische Gesetzgebung für diesen Strafbestand in Italien existiert.
- Dass in der Justizkommission des Senates diese Problematik zur Diskussion steht und ein dementsprechender Gesetzesentwurf in Erarbeitung ist welcher Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 4 Jahren vorsieht
- Dass allein im Jahr 2019 bereits 940 Fälle von „Revenge Porn“ zur Anzeige gebracht wurden
- Dass die Dunkelziffer um ein vielfaches höher ist
- Dass dieses Problem auch Südtirol und Meran betrifft
- Dass dieser Strafbestand hauptsächlich unter Jugendlichen passiert
- Dass es Italienweit bereits mehrfache Selbstmorde gab

DIES VORAUSGESCHICKT VERPFLICHTET SICH DER BÜRGERMEISTER

- Im Rahmen seiner Zuständigkeiten alle gewählte südtiroler Parlamentarier sowie den südtiroler Landtag dafür zu sensibilisieren, dass sie sich für die Umsetzung dieses Gesetzesentwurfs einsetzen. Zugleich verpflichtet er sich mit allen Institutionen (Familienberatungsstellen, Elternorganisationen, Street Worker usw.) auf Gemeindeebene sowie Landesebene, Verbänden einschließlich der Schulen Kontakt aufzunehmen und eine Sensibilisierungskampagne zu beginnen

Lega Nord Meran
Gemeinderat

Sergio Armanini
